

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AT/0110/2010**

der Stadtratssitzung am 04.11.2010

Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Antrag der Ratsfraktion Bündnis90/Die Grünen- Koblenz soll Fairtrade-Town werden

Stellungnahme/Antwort

Die Verwaltung nimmt zu dem Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wie folgt Stellung:

Da die Kampagne „Fairtrade-Town“ Auswirkungen auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb hat ist aus der Sicht der Verwaltung zunächst ein Grundsatzbeschluss des Stadtrates notwendig, diesen Weg mit allen damit verbundenen Auswirkungen zu beschreiben.

Hierbei wäre entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung auch die Wettbewerbsneutralitätspflicht der Stadt Koblenz zu beachten. Die von Fairtrade verfolgten Ziele und Standards sind relativ stringent und daher durchaus diskutabel.

Die von Fairtrade aufgestellten Kriterien werden in Koblenz nicht erfüllt.

Sie können auch durch die Verwaltung nicht erfüllt werden, da es sich um Kriterien handelt, bei denen die Verwaltung über keine gesetzliche Regelungskompetenz verfügt. Insbesondere können weder private Marktteilnehmer, noch die Medien können zu dem geforderten Handeln verpflichtet werden.

Neben dem Grundsatzbeschluss setzt eine Bewerbung zunächst auch eine qualifizierte Bestandsaufnahme der im Stadtgebiet Koblenz vorhandenen Situation voraus, die mit erheblichem Aufwand verbunden wäre.

In haushaltstrechtlicher Hinsicht wäre zu berücksichtigen, dass es sich um die Übernahme einer weiteren freiwilligen Aufgabe handeln würde, für deren Erledigung entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen wären. Derartige Haushaltsansätze stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigungsfähigkeit durch die Aufsichtsbehörde.